

14.2.2017 - correctiv

Über Geld spricht der Bischof nicht

CORRECTIV klagt auf Auskunft: Wo legen die Kirchen ihr Milliardenvermögen an?

Die deutschen Kirchen sind reich. Doch wer wissen will, in welche Fonds und Branchen die Erzbistümer und Landeskirchen ihre Milliarden investiert haben, stößt auf eine Mauer des Schweigens. Die wollen wir durchbrechen. Deshalb haben wir nun eine Klage auf Auskunft gegen das Erzbistum Köln eingereicht.

Annika Joeres

Das Erzbistum Köln ist ein ganz besonders Erzbistum. Nicht nur wegen des gotische Dom und der großen Zahl von zwei Millionen Kirchenmitgliedern. Das Erzbistum Köln ist auch besonders wohlhabend. Laut Geschäftsbericht nahmen es im Jahr 2015 rund 627 Millionen Euro an Kirchensteuern ein. Rund 2,5 Milliarden Euro hat das Bistum am Finanzmarkt angelegt.

Doch wie genau die Milliarden investiert sind, soll niemand erfahren. Auf wiederholte schriftliche Nachfrage teilt Bistumssprecher Michael Kasiske lapidar mit: „Die Zusammensetzung der Aktienfonds unterliegt laufenden Änderungen, so dass wir zu einzelnen Anlagen grundsätzlich keine Auskunft erteilen.“

Aber sollten Kirchenmitglieder nicht wissen dürfen, ob das Bistum seine Milliarden in Einklang mit den Zielen der Kirche investiert – oder womöglich auch in australische Kohlefirmen, afrikanische Bergwerke oder amerikanische Erdölkonzerne. Also in Unternehmen, die aktiv den Klimawandel befeuern und damit dem Geist der Klima-Enzyklika von Papst Franziskus widersprechen.

Eine für alle

Weil wir der Meinung sind, dass die Öffentlichkeit über die Investitionen der katholischen Kirchen informiert sein sollten, klagen wir gegen die erzbischöflichen Heimlichtuer vor dem Verwaltungsgericht Köln auf Auskunft. Es ist eine exemplarische Klage. Bekommen wir Recht, müssten auch alle 27 katholischen Bistümer und alle 20 evangelischen Landeskirchen in Deutschland offenlegen, wie sie ihr Vermögen investiert haben.

Denn der Klimawandel und seine Auswirkungen führen dazu, dass es von erheblichem, allgemeinem Interesse ist, zu erfahren, welche öffentliche Einrichtungen in fossile Rohstoffe investieren. Es ist Aufgabe der Presse, diese Informationen zusammen zu tragen und die Öffentlichkeit zu informieren, damit die Gesellschaft auf Basis verlässlicher Informationen Debatten führen und Reformen innerhalb der Kirchen möglich werden. Das Kölner Bistum nimmt staatlich eingezogene Kirchensteuern ein – und muss über ihre Verwendung Auskunft erteilen.

Dies ist der entscheidende Punkt unserer Klage, den die Anwältin des Bistums Köln bislang zurückweist: „Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage muss ich Ihnen mitteilen, dass die von Ihnen auf der Grundlage eines presserechtlichen Auskunftsanspruches erbetene Auskunft nicht erteilt wird“, schrieb uns die Justitiarin des Bistums, Daniela Schrader.

Nun werden also Richter entscheiden müssen, ob die einzelnen katholischen Bistümer ihr Anlagen offen legen müssen. Sie haben jeweils zwischen 100 Millionen Euro und mehreren Milliarden Euro am Finanzmarkt

investiert. Das geht aus ihren Geschäftsberichten hervor. Die deutschen Kirchen sind damit ein bedeutender Investor.

Der Papst und der Klimawandel

Die Kirchen legen inzwischen moralische Kriterien für ihre Anlagen an und schließen bei ihren Investitionen beispielsweise Firmen aus, die mit Verhütung, Pornografie oder Waffen ihr Geld verdienen. Doch klimapolitische Kriterien spielen bislang keine Rolle.

Das widerspricht dem Willen von Papst Franziskus. In seiner Enzyklika „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ vom Mai 2015 schreibt er, das Klima sei „ein gemeinschaftliches Gut von allen und für alle“. Die Erderwärmung basiere „auf dem intensiven Gebrauch fossiler Kraftstoffe“. Der Weckruf des Papstes: Es wird Zeit für eine „ökologische Umkehr“.

„Wir Kirchenmitglieder stehen hinter diesem Programm“, sagt Christian Weisner von dem Laienverband Wir sind Kirche, der eintritt für grundlegende Reformen. Weisner bedauert, dass die deutschen Bischöfe den Worten des Papstes so wenig Glauben schenken. Er ist dafür, dass die Kirche ihre Finanzen offenlegt: „Der Staat gibt der Kirche viel Geld, er zahlt die Gehälter von Angestellten, gewährt Steuererlasse und zieht Kirchensteuer ein. Wir haben ein Anrecht darauf zu wissen, wo unser Geld landet.“

Doch die Kirche schweigt.

„Über die Finanzen der Kirchen gibt es so gut wie keine Veröffentlichungen“, sagt der Kirchenkritiker Carsten Frerk. Der Politologe hat Sachbücher über die Finanzen der Kirche publiziert, aber sich stets auf Schätzungen und eigene Recherchen berufen müssen. „Neben der Kirche, wie wir sie am Sonntag im Gottesdienst sehen und in den Predigten hören, gibt es eine riesige Parallelwelt an Unternehmen und Finanzanlagen, die geheim gehalten werden“, sagt Frerk. Dass die Kirchensteuern nicht für die Finanzanlagen verwendet werden, wie es das Kölner Erzbistum angibt, sei eine Schutzbehauptung. „Ist auf diesem Geldtopf ein Kreuz darauf? Natürlich fließen die Kirchensteuern in den allgemeinen Haushalt und davon geht dann eine Summe an den Finanzmarkt.“

Wie sich die Bistümer herausreden Es gibt viele Argumente, warum die einzelnen Bistümer ihre Anlagen nicht klimafreundlich gestalten – und nicht offenlegen. „Auch wir denken, dass es gut und richtig wäre, langfristig ohne fossile Brennstoffe auszukommen“, schreibt ein Sprecher aus Münster. Gegenwärtig erscheine ihnen ein gänzlicher Verzicht auf die sogenannte „Brückentechnologie“ aber noch nicht möglich.

Das Bistum Mainz sieht sich außerstande, die Anlagen offen zu legen. „Da die Vermögen auf verschiedene Manager (insbesondere Spezialfonds und Publikumsfonds) aufgeteilt sind, ist eine zusammenfassende Übersicht über Branchen und Einzelwerte derzeit nicht möglich.“ Doch diese Argumentation überzeugt nicht: Das Bistum zahlt die Manager gerade dafür, täglich über die Anlagen informiert werden zu können. Nötig wäre nur eine einfache Excel-Tabelle.

Das Bistum Hamburg ignoriert unsere mehrfache schriftliche Nachfrage, worin denn die laut Geschäftsbericht 236.911.000 Euro investiert sind. Sprecher Manfred Nielen teilt lediglich mit, dass nach „eigener Einschätzung“ 57 Prozent der Anlagen nachhaltig investiert seien. Auch diese Zahl ist von der Öffentlichkeit und den Hamburger Kirchenmitgliedern nicht nachzuvollziehen – eine Aufschlüsselung gab uns auch die nordische Kirche nicht. Aber selbst mit diesen geringen Angaben wissen wir, dass die Hamburger Kirche mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr in nicht nachhaltige Firmen investiert oder in Firmen, von denen sie nicht weiß, ob sie nachhaltig sind oder nicht.

Das Bistum Augsburg teilt uns keine Zahlen mit – sondern bemerkt lediglich, dass das „verfassungsrechtlich verankerte kirchliche Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht“ es ihr erlaube, die Anlagen nicht offenzulegen. Die Augsburger legen laut Geschäftsbericht rund 282 Millionen Euro am Markt an.

In Freiburg verweist das Bistum zwar auf den Plan einer Zero-Carbon-Gemeinde bis 2030, ist aber nicht in der Lage, die Finanzanlagen aufzuschlüsseln. Organisatorisch gebe es ein „gemeinsames Anlagevehikel für die Geldanlagen der Erzdiözese, der Kirchengemeinden und anderer öffentlich-rechtlicher Körperschaften“. Im knapp 400 Seiten dicken Geschäftsbericht steht ein Finanzmittelbestand von 930.047.966 Euro. Eine knappe Milliarde Euro, die verdeckt investiert wird.

Das Bistum Berlin hat rund 240 Millionen Euro am Finanzmarkt angelegt, zusätzlich werden 266,8 Millionen Euro für die Altersversorgungspflichten angelegt. Zusammen eine knappe halbe Milliarde. Wie sie angelegt wurde? Kein Kommentar.

Die Diözese Rottenburg-Stuttgart wirbt um Verständnis für Ihr Schweigen – und rechtfertigt einen möglichen Umweltschaden ihrer Anlagen damit, dass sie Jobs sichern. „Finanzielle Investitionen der Diözese dienen (...) auch dem Ziel, mittel- bis langfristig Arbeitsplätze zu sichern und Entlassungen zu vermeiden.“

Auch das skandalgebeutelte Bistum Limburg möchte seine Anlagen nicht aufschlüsseln. Die Limburger sind mit 813 Millionen Euro investiert an den Finanzmärkten.

„Die Kirchen sagen immer nur so viel, wie sie sagen müssen“, sagt der katholische Theologe Hermann Häring von der Laienorganisation Kirche von Unten. Er glaubt, dass viele Personen in den Leitungen selbst nicht wissen, was mit ihrem Geld passiert – und die Informationen auch nicht einfordern. „Da paaren sich Inkompetenz und Nicht-Informieren-Wollen“, so Häring. Es sei eine Pflicht der Kirchen, ihre Anlagen transparent zu machen.

Eine Pflicht, die nun gerichtlich erstritten werden muss.

<https://correctiv.org/recherchen/klima/artikel/2017/02/14/correctiv-devestment-auskunftsklage-erzbistum-koeln/>

Zuletzt geändert am 15.02.2017